

Ulrich Busch/Wolfgang Kühn/Klaus Steinitz

Entwicklung und Schrumpfung in Ostdeutschland

Aktuelle Probleme im 20. Jahr der Einheit



Ulrich Busch/Wolfgang Kühn/Klaus Steinitz
Entwicklung und Schrumpfung in Ostdeutschland

Ulrich Busch, Doz. Dr. oec. habil., Finanzwissenschaftler an der TU Berlin, Autor des Buches »Am Tropf. Die ostdeutsche Transfergesellschaft« (trafo-Verlag Berlin 2002)

Wolfgang Kühn, Dr. oec., Wirtschaftswissenschaftler; Mitautor in den Bänden »Vereinigungsbilanz – Fünf Jahre deutsche Einheit« (VSA: Verlag Hamburg 1995) sowie »Ostdeutschland zwischen Währungsunion und Solidarpakt II« (trafo-Verlag Berlin 2006)

Klaus Steinitz, Prof. Dr., Wirtschaftswissenschaftler, Mitglied der Leibniz-Sozietät und Vorsitzender der »Hellen Panke« zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V. Berlin, letzte Buchveröffentlichung: »Das Scheitern des Realsozialismus. Schlussfolgerungen für die Linke im 21. Jahrhundert« (VSA: Verlag Hamburg 2007).

An diesem Buch haben Irene Gallinge und Karl Mai mitgearbeitet.

Ulrich Busch/Wolfgang Kühn/Klaus Steinitz

**Entwicklung und Schrumpfung
in Ostdeutschland**

Aktuelle Probleme im 20. Jahr der Einheit

VSA: Verlag Hamburg

Dieses Buch entstand im Zusammenhang mit einer von den Autoren für die Bundestagsfraktion DIE LINKE erstellten Studie zu Problemen der ökonomischen und sozialen Entwicklung Ostdeutschlands.

Die Publikation wurde freundlicherweise von der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt.

www.vsa-verlag.de

© VSA-Verlag 2009, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Umschlagfoto: Baustelle der Autobahn 4 in Jena Göschwitz, 27.8.2008 (Foto: dpa)

Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg

ISBN 978-3-89965-331-1

Inhalt

Vorbemerkung	7
1. Ostdeutschland im 20. Jahr der deutschen Einheit	11
2. Ostdeutsche Strukturschwächen – teilungsbedingt und/oder transformationsbedingt?	25
3. Gibt es noch »die« ostdeutsche Region?	31
4. Innere und äußere Verflechtungen der ostdeutschen Wirtschaft	37
5. Faktoren der bisherigen und der zukünftigen Entwicklung	43
5.1 Demografische Prozesse	43
5.2 Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit, Produktivität	51
5.3 Wissenschaft, Forschung, Innovationen	61
5.4 Investitionen, Kapitalstock, Infrastruktur	66
5.5 Unternehmen in Ostdeutschland	73
5.6 Einkommen privater Haushalte	82
5.7 Öffentliche Haushalte	96
5.8 Regionale Differenzierungsprozesse	103
5.9 Zusammenfassung: Konsequenzen für die ostdeutsche Entwicklung	113
6. Leitbilder und Probleme ihrer Umsetzung	122
7. Akteure der ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung	131
8. Wie müsste eine Wende in der Wirtschaftspolitik in und für Ostdeutschland aussehen?	139
9. Vorstellungen der Regierungsparteien zur Perspektive der Ost-West-Angleichung	145
10. Westdeutsche Interessen und die ostdeutsche Wirtschaftsentwicklung	149
11. Szenarien für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland bis 2020	158
 Ausgewählte Literatur zum Vereinigungsprozess und zur wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands in chronologischer Reihenfolge	 166
Anhang: Statistische Übersichten – Tabellen und Abbildungen	169

Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen

Tab. 1: Anteil der neuen Bundesländer in %	17
Tab. 2: Neue Bundesländer und alte Bundesländer 1989 bis 2007	17
Tab. 3: Anteile der neuen Bundesländer am Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes in der Bundesrepublik Deutschland	27
Tab. 4: BIP Neue Bundesländer und Nachfragekomponenten	39
Tab. 5: Auslands- und Inlandsumsatz	41
Tab. 6: Bevölkerungsentwicklung nach Ländern 1989-2020	48
Tab. 7: Erwerbstätige nach Ländern 1989 bis 2007	51
Tab. 8: Erwerbspersonenpotenzial und Beschäftigung in den neuen Ländern	54
Tab. 9: Investitionen in neue Anlagen in den neuen Ländern	68
Tab. 10: Investitionen in neue Anlagen	69
Tab. 11: Anlageinvestitionen je Einwohner in den neuen Ländern	70
Tab. 12: Umsatzsteuerepflichtige Unternehmen und ihre Umsätze in den neuen Bundesländern im Vergleich 2006	74
Tab. 13: Verteilung der Betriebe in den neuen und alten Bundesländern nach Beschäftigtengrößenklassen 2005	78
Tab. 14: Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen	80
Tab. 15: Durchschnittliche Bruttojahresverdienste nach Beschäftigungsart und Leistungsgruppen im Jahr 2007 (Vollzeitbeschäftigte)	85
Tab. 16: Struktur der Haushaltsbruttoeinkommen privater Haushalte im 1. Halbjahr 2003	88
Tab. 17: Zinslasten und Landesinvestitionen 2007	98
Tab. 18: Aktueller Überblick zum Ländervergleich der neuen Bundesländer 2007	99
Tab. 19: Finanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen 2007	100
Tab. 20: Wachstumsregionen im Detail 1996 bis 2005	105
Tab. 21: Indikatoren der Wirtschaftskraft der »Leuchtturmregionen« 2006 ...	106
Tab. 22: Erwerbstätigenbesatz – Erwerbstätige je 100 Einwohner zwischen 15 und 65 Jahren	107
Tab. 23: Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in 1.000 Euro nach Regionstypen	108
Tab. 24: Bruttoinlandsprodukt je Einwohner der deutschen Landeshauptstädte 2005	109
Tab. 25: Jährliches Haushaltseinkommen in Euro je Einwohner 2004	112
Tab. 26: Wichtige Komplexe für die weitere ökonomische und soziale Entwicklung der neuen Bundesländer	120
Tab. 27: Kriterien und Zeiträume für das Erreichen gleichwertiger Lebensverhältnisse	130
Abb. 1: Innerdeutsche Wanderungen 1989 bis 2006	45
Abb. 2: Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland 1950 bis 2050	46
Abb. 3: Regionale Differenzierung: Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	110

Vorbemerkung

Mit dieser Publikation wird das Ziel verfolgt, die gegenwärtige wirtschaftliche und soziale Situation sowie die Perspektiven Ostdeutschlands einer realistischen Bewertung zu unterziehen. Gleichzeitig sollen Vorschläge unterbreitet werden, wie die wirtschaftliche Entwicklung der neuen Länder erfolgreicher gestaltet werden kann. Dazu wurde die Analyse der aktuellen Probleme vertieft sowie die Bedingungen und Chancen für das Erreichen einer selbsttragenden Entwicklung und für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Zeitraum bis etwa 2020 untersucht.

Die Studie reiht sich ein in das Spektrum kritischer Bestandsaufnahmen des deutschen Vereinigungsprozesses und der Entwicklung Ostdeutschlands seit 1990. Wir knüpfen an die vorliegenden Arbeiten der vergangenen zwei Jahrzehnte an,¹ können nach fast 20 Jahren deutscher Vereinigungspolitik und ostdeutscher Entwicklung aber auf einen längeren Analysezeitraum zurückgreifen als frühere Arbeiten. Auch ist unser Blick weniger auf die Wiedervereinigung selbst, die Hoffnungen, Enttäuschungen und Ereignisse der Vergangenheit gerichtet als auf die Zukunft Ostdeutschlands. Im Mittelpunkt stehen daher die Perspektiven der neuen Länder und Berlins bis etwa 2020.

Die Ausarbeitung beginnt mit einer knappen Analyse der bisherigen ökonomischen und sozialen Entwicklung Ostdeutschlands nach der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und dem Beitritt der neuen Länder zur Bundesrepublik Deutschland. Einen zentralen Platz nehmen die strukturellen Defizite der ostdeutschen Wirtschaft ein, die sich nachhaltig hemmend auf deren Wettbewerbsfähigkeit und den Übergang zu einer selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung sowie auf die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse auswirken.

Es wird davon ausgegangen, dass die Schrumpfungprozesse, die in den meisten Analysen zur ostdeutschen Entwicklungsperspektive noch nicht den ihnen zukommenden Platz einnehmen, gründlicher untersucht und hinsichtlich ihrer voraussichtlichen Konsequenzen bewertet werden müssen. Diese gehen insbesondere von der demografischen Entwicklung aus, betreffen jedoch auch andere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens wie die Arbeit,

¹ Vgl. hierzu die Übersicht ausgewählter Literatur zur wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands seit 1990 am Ende des Buches.

die sozialen Beziehungen, die Bildung, die Kultur und das Zusammenleben der Menschen. Sie reichen von der Produktion und Erwerbstätigkeit über die Kaufkraft der Bevölkerung und die Einnahmen der öffentlichen Haushalte bis hin zu den Kapazitäten der Infrastruktur und den Problemen ihrer Auslastung und Finanzierung.

Die konkreten einzelwirtschaftlichen Prozesse, wie die Herausbildung von Wachstumspolen, die Generierung und Stärkung technologischer Cluster, die Gründung neuer Unternehmen und die Einkommensentwicklung der Bevölkerung, werden vor allem hinsichtlich ihrer Wirkung auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der ostdeutschen Bundesländer erörtert.

Der Bewertung der Zukunftschancen Ostdeutschlands und der Begründung wirtschaftspolitischer Konsequenzen liegen vor allem folgende Aspekte zugrunde: *Erstens* die Analyse und Bewertung zukünftiger Tendenzen der ökonomischen Entwicklung. Sie umfassen die Komplexe Bevölkerung, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit, Wissenschaft/Technik und Investitionen, Unternehmen, Einnahmen und Kaufkraft der Bevölkerung, öffentliche Haushalte sowie regionale Differenzierungsprozesse. *Zweitens* die Zielstellungen für das Erreichen gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland. Dabei wird von den veränderten sozialen und ökologischen Bedingungen und den neuen Herausforderungen im 21. Jahrhundert ausgegangen: Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit, Forderung nach »guter Arbeit«, Klimawandel, Energiewende sowie die Weiterentwicklung der sozialen Sicherheit.

Aus der Verbindung der Leitbilder zur Entwicklung der Arbeits- und Lebensverhältnisse mit den realen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen und deren zukünftigen Veränderungen sollen zudem realistische Vorstellungen für die zukünftige wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Ostdeutschland abgeleitet werden. Dabei gehen wir davon aus, dass die Entwicklung in den neuen Bundesländern und Berlin mit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, insbesondere mit dem weiteren Verlauf des Konjunkturzyklus, in der Bundesrepublik und der Europäischen Union verbunden ist.

Um die Auseinandersetzung um die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse zielgerichteter als bisher führen zu können, wird versucht, diese Zielstellung nach ihren wichtigsten Kriterien aufzuschlüsseln und hinsichtlich der differenzierten zeitlichen Realisierungsbedingungen zu bewerten.

Die Analyse der Entwicklung und die Auseinandersetzung mit einseitigen und zum Teil falschen Thesen über die Gründe für den unbefriedigenden Stand der gesamtwirtschaftlichen Ost-West Angleichung wird dadurch erschwert, dass die statistischen Daten über die neuen Bundesländer

bzw. Ostdeutschland² oft unvollständig und infolge einer veränderten Zuordnung Berlins bzw. Ostberlins im Zeitverlauf teilweise nicht vergleichbar sind. Deshalb wird in der Literatur meist auf einen statistischen Ausweis für das Jahr 1990 verzichtet und die Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung der neuen Länder erst mit dem Jahr 1991 begonnen. Dies führt jedoch nicht selten zu Fehlinterpretationen und einseitigen Aussagen. Wir sind deshalb bemüht, einen anderen Weg zu gehen: Erstmals werden hier für die wichtigsten gesamtwirtschaftlichen Indikatoren Zeitreihen vorgelegt, die von 1989 bis 2007 reichen. Wir setzen das letzte vollständige DDR-Jahr (1989) als Basis. So wird es möglich, den gesamten Umgestaltungs- und Aufbauprozess seit 1990 statistisch abzubilden.³ Damit werden die analytischen Voraussetzungen für eine kritisch-realistische Bewertung der Entwicklung in den neuen Bundesländern und Berlin seit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und der Herstellung der deutschen Einheit deutlich verbessert. Wie stark sich die Auswahl des Basisjahres auf die Aussage auswirkt, zeigt folgender Vergleich: Setzt man 1991 als Basisjahr, so verändert sich die relative Höhe des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner in den neuen Ländern bis 1995 (alte Bundesländer = 100, jeweils ohne Berlin) von 33,3% auf 60,4%, das heißt um rund 80%. Wird jedoch 1989 als Basisjahr zugrunde gelegt, so liegt dieser Zuwachs nur bei rund 10% (von 54,8% 1989 auf 60,4% 1995).⁴

Unser Vorgehen unterscheidet sich durch seine kritisch-realistische Diktion vom Herangehen der Parteien der Regierungskoalition. Deutlich zeigt sich dies u.a. im Beschluss des Präsidiums der CDU, »Perspektiven für den Osten Deutschlands«, vom 30. Juni 2008, worin die Erfolge des *Aufbau Ost* einseitig und unkritisch hervorgehoben werden, während die bestehenden Probleme weitgehend verschwiegen werden. Nicht viel anders liest sich die Einschätzung der SPD »Viel erreicht – viel zu tun!« vom 27. Juni

² Im Folgenden werden unter »neue Bundesländer« die fünf neuen Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und unter Ostdeutschland die fünf neuen Bundesländer und Berlin erfasst. Bei anderer Zuordnung ist dies jeweils angegeben.

³ Wir stützen uns dabei auf die von Gerhard Heske durchgeführten Berechnungen von Zeitreihen für wichtige volkswirtschaftliche Indikatoren (vgl. Gerhard Heske: Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970-2000. Neue Ergebnisse einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Zentrum für Historische Sozialforschung, Köln 2005. Zu den Problemen dieses Vergleichs, die durch die Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im Jahr 2005 entstanden sind, vgl. Fußnote 11.

⁴ Vgl. hierzu Tabelle 2 und Fußnote 11.

2008. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Beschluss der CDU und der Einschätzung der SPD findet sich im Kapitel 9.

Die in diesem Buch vorgenommene Analyse ist also dringender denn je, um zu einer realistischen Einschätzung des Erreichten zu gelangen und daraus die Chancen und Möglichkeiten der weiteren Entwicklung Ostdeutschlands abzuleiten. Unser Anliegen ist es, damit zugleich zur Schaffung einer verbesserten Grundlage für eine alternative Politik in und für Ostdeutschland beizutragen. Damit möchten wir erreichen, dass in der westdeutschen Bevölkerung, insbesondere in den sozialen Bewegungen und Gewerkschaften, erkannt wird, dass Fortschritte bei der Lösung der ostdeutschen Entwicklungsprobleme ein gesamtdeutsches Anliegen sind, also auch im Interesse der Menschen in den alten Bundesländern liegen (siehe hierzu insbesondere das Kapitel 10).

1. Ostdeutschland im 20. Jahr der deutschen Einheit

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der neuen Bundesländer seit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland im Oktober 1990 begann mit großen Erwartungen der Menschen in der DDR. Auf vielen Gebieten wurden auch spürbare Verbesserungen erreicht, insgesamt gesehen verlief der Vereinigungsprozess jedoch unbefriedigend und enttäuschend. Er wurde deshalb von verschiedener Seite als »misslungen« und »gescheitert« angesehen.⁵ Der von Beginn an äußerst widersprüchlich verlaufene Prozess der deutschen Wiedervereinigung ist nur im Kontext mit dem Scheitern des Realsozialismus in der DDR, der Sowjetunion und den anderen staatssozialistischen Ländern Europas auf der einen Seite und den Veränderungen in den politischen und ökonomischen Verhältnissen in der Welt, in Europa und in der Bundesrepublik Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre, mit der Krise des Fordismus, der Dominanz kapitalistischer Globalisierung und neoliberaler Politik auf der anderen Seite zu erklären und zu bewerten.

Das Scheitern des Realsozialismus in der DDR⁶ äußerte sich insbesondere darin, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die politische Macht, die führende Partei und den Staat in den 1980er Jahren rapide erodierte und 1989 seinen Tiefpunkt erreichte. Der Weg einer tiefgreifenden Umgestaltung der politischen und ökonomischen Verhältnisse im Sinne eines demokratischen, ökonomisch effizienten sowie sozial und ökologisch zukunftsfähigen Sozialismus im Rahmen einer eigenständigen DDR konnte nicht beschrritten werden, weil es schon Ende 1989 keine ausreichende Unterstützung dafür mehr gab. Die Mehrheit der Bevölkerung wollte die D-Mark und den Lebensstandard der Bundesrepublik und nicht eine reformierte DDR. Die »friedliche Revolution« hatte mit dem Ersetzen der Losung »Wir sind

⁵ So schreibt zum Beispiel Hans-Werner Sinn: »Die ökonomische Wirklichkeit des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses liegt so weit von dem entfernt, was die verantwortlichen Politiker dem Volk in Aussicht gestellt hatten, dass man die wirtschaftliche Vereinigung der beiden Landesteile als gescheitert ansehen kann.« (Hans-Werner Sinn: Ist Deutschland noch zu retten?, München 2003, S. 221).

⁶ Ausführlicher zu den Ursachen für das Scheitern des Realsozialismus vgl. Klaus Steinitz: Das Scheitern des Realsozialismus. Schlussfolgerungen für die Linke im 21. Jahrhundert, Hamburg 2007.

das Volk« durch »Wir sind *ein* Volk« ihr Ende gefunden. Mit dem Wahlergebnis vom März 1990, dem Sieg der Allianz für Deutschland und der CDU, wurden die Weichen für einen raschen und im Wesentlichen bedingungslosen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik gestellt.

Neben den inneren Ursachen für den Untergang der DDR waren mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus in der Sowjetunion und in den anderen Ostblockstaaten Europas 1989/90 auch die äußeren politischen und ökonomischen Voraussetzungen für ein eigenständiges Weiterbestehen der DDR nicht mehr gegeben. Die sowjetische Partei- und Staatsführung hatte die DDR schon Ende 1989 aufgegeben. Dies schlug sich insbesondere darin nieder, dass Gorbatschow der »Übergabe« der DDR an die Bundesrepublik im »Zwei-plus-Vier-Vertrag« (vom 12.9.1990) faktisch bedingungslos zustimmte.

Zugleich war für die Art der Vereinigung und die marktwirtschaftliche Transformation der DDR entscheidend, dass die herrschenden Kreise der USA und der Bundesrepublik die für sie günstige politische Situation im international-globalen und im innerdeutschen Maßstab konsequent nutzten, um den Einflussbereich des globalen Kapitalismus und der NATO durch die Eingliederung der DDR nach Osten auszudehnen. Die DDR wurde vollständig in die politische, rechtliche und wirtschaftliche Ordnung der Bundesrepublik integriert. Eng damit verbunden erfolgten eine nachhaltige Kampagne zur Delegitimierung der ökonomischen und sozialen Leistungen der DDR und ihrer Bevölkerung sowie eine radikale Abwicklung ihrer Eliten.

Folgende Aspekte sind für den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik und für die nachfolgende ökonomische und soziale Entwicklung Ostdeutschlands bis heute hervorzuheben:

Erstens: Die politische Eingliederung der DDR in die Bundesrepublik, die weitgehende Einschränkung ihrer ökonomischen Eigenständigkeit und ihrer wirtschaftlichen Spielräume schon vor der staatlichen Vereinigung sowie die Beseitigung ihrer Eigentumsordnung erfolgten in rasantem Tempo. Entscheidende staatsrechtliche Schritte auf diesem Weg waren der Staatsvertrag vom 18.5.1990, der Einigungsvertrag vom 31.8.1990 und das Treuhandgesetz zur Privatisierung des Volkseigentums vom 17.6.1990. Diese und andere Gesetze wurden unter Führung der Bundesregierung in großer Hast ausgearbeitet und in der Volkskammer der DDR von den Mehrheitsfraktionen angenommen. Für eine gründliche Beratung und Prüfung der beschlossenen Schritte und Maßnahmen sowie deren voraussichtlichen Folgen blieb keine ausreichende Zeit.

Zweitens: Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik wurden die neuen Bundesländer nicht nur de jure Mitglieder der Europäischen Union,

sondern auch zunehmend real in die europäische Integration einbezogen. Hierin liegt ein wichtiger Unterschied zu allen anderen ehemals staatssozialistischen Ländern, die erst 2004 bzw. später EU-Mitglieder wurden bzw. werden. Unterschiede ergeben sich aber nicht nur aus der früheren Mitgliedschaft, sondern vor allem auch daraus, dass die DDR nicht als selbständiger Staat, sondern erst nach Aufhören ihrer staatlichen Existenz EU-Mitglied wurde.

Drittens: Die weltweite Krise des in den Nachkriegsjahrzehnten erfolgreichen fordistischen Produktions- und Konsummodells seit Mitte der 1970er Jahre fand ihren Ausdruck in einer Reihe krisenhafter Prozesse und im Abbau sozialer Errungenschaften. Ausdruck hierfür sind unter anderem sinkende Wachstumsraten der Wirtschaft, eine hohe, verfestigte Massenarbeitslosigkeit, tiefgreifende Veränderungen in der Verteilungsstruktur zuungunsten der Arbeitseinkommen und Sozialleistungen, ein starker Anstieg der Verschuldung der öffentlichen Haushalte. Zugleich entstehen im 21. Jahrhundert neue Herausforderungen an die soziale und ökologische Entwicklung im globalen und nationalen Maßstab: Eine friedliche und zukunftsfähige Entwicklung der menschlichen Gesellschaft wird nur möglich sein, wenn es gelingt, gleichzeitig Schritte in Richtung einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung und eines neuen Pfads sozial und ökologisch nachhaltiger Entwicklung zu gehen.

Daraus ergeben sich für Ostdeutschland vor allem zwei Konsequenzen: Einerseits sind die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Eingliederung der neuen Länder in die Bundesrepublik und für ihr dynamisches Wachstum zum Aufholen von Rückständen in der wirtschaftlichen Leistungskraft ungünstiger und komplizierter als in den Jahren des westdeutschen »Wirtschaftswunders«. Andererseits unterstreichen diese Prozesse, dass es grundsätzlich falsch war, das in vielerlei Hinsicht selbst reformbedürftige Wirtschafts-, Sozial- und Regulierungsmodell der Bundesrepublik einfach 1:1 auf die neuen Länder zu übertragen. Dadurch wurde verpasst, demokratische Strukturen, Innovativität und einzelwirtschaftliche Effizienz der Bundesrepublik mit den zum Teil zukunftsfähigeren und sozial gerechteren Strukturen der DDR auf den Gebieten Bildungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik zu verbinden. Die Folge war, dass sich die unbewältigten Probleme der alten Bundesrepublik mit den neuen, spezifischen Problemen Ostdeutschlands verquickten, was sich in einer Zuspitzung der ökonomischen, finanziellen und sozialen Situation in der Bundesrepublik insgesamt niederschlug.

Viertens: Das politische Interesse der herrschenden Klasse Westdeutschlands bestand darin, neben der Stärkung und Ausdehnung ihrer Macht al-

les, was an eine mögliche Alternative zum längst reformbedürftigen Kapitalsystem erinnern könnte, rasch und endgültig zu liquidieren, ohne die in vielen Strukturen enthaltenen positiven und zukunftsfähigen Potenziale zu nutzen. Die ökonomischen Interessen des Kapitals, die hiermit übereinstimmen, bestanden vor allem darin, in Ostdeutschland neue Vermögens- und Gewinnquellen zu erschließen. Das bedeutete insbesondere: zusätzliche Absatzgebiete und Märkte zu gewinnen, das volkseigene Vermögen zu übernehmen und die störende ostdeutsche Konkurrenz in der Wirtschaft zu beseitigen.

Grundlage für die westdeutsche Interessendominanz im Vereinigungsprozess war das zeitliche Zusammenfallen der sozialökonomischen Transformation mit dem Ende der Existenz der DDR als selbständiger Staat. Hierin besteht die wichtigste Besonderheit der Transformation Ostdeutschlands im Vergleich zu allen anderen staatssozialistischen Ländern. Diese ostdeutsche Spezifik äußerte sich in allen wichtigen Schritten und auf allen Gebieten des Vereinigungs- und Transformationsprozesses, in der vollständigen Übertragung der Rechts- und Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik auf die neuen Länder sowie in einer Reihe hierfür geschaffener spezifischer Gesetze und Verträge wie der Währungsunion, der Treuhandaktivität, dem Prinzip »Rückgabe vor Entschädigung«, der Altschuldenregelung, der Abwicklung der politischen Elite und großer Teile der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz. So war es kein Wunder, dass die Hauptnutznießer und Gewinner der Einheit die Großbanken, Versicherungskonzerne, Handelsketten und großen Produktionsunternehmen waren, während die Hauptlasten über höhere Beiträge zur Sozialversicherung von den abhängig Beschäftigten getragen werden.

Der wirtschaftliche Absturz in den Jahren 1990/91 und die weitgehende Deindustrialisierung der neuen Länder führten zur Vernichtung von Millionen Arbeitsplätzen und zu einer im Vergleich zu den alten Bundesländern doppelt so hohen Arbeitslosigkeit. Das war im Zusammenhang mit dem nach wie vor großen Ost-West-Unterschied in der Höhe der Arbeits-einkommen der Hauptgrund für die Massenabwanderung vor allem junger und gut ausgebildeter Fachkräfte seit 1990.

Fünftens: Die Bundesregierung und die Mainstream-Ökonomen versuchen, den unbefriedigenden Stand in der ökonomischen Entwicklung der neuen Bundesländer und bei der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse einseitig auf das von der DDR übernommene ökonomische Erbe zurückzuführen und dadurch vom Versagen der Politik abzulenken. Die DDR-Ökonomie wird pauschal als »marode«, »überschuldet« und »wettbewerbsunfähig« bezeichnet. Differenzierte Analysen der DDR-Wirtschaft,

die nicht nur ihre Defizite aufzählen, sondern auch ihre Leistungen hervorheben,⁷ geraten dagegen in den Verdacht einer nostalgischen Beschönigung der Vergangenheit. Überlegungen zur Reformierung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der DDR und mit der Vereinigung in ganz Deutschland wurden schon in den Monaten vor deren Vollzug weitestgehend ignoriert. Ein öffentlicher demokratischer Diskurs über geeignete Wege zur Lösung der komplizierten Probleme, der einen Lernprozess hätte fördern können, wurde kaum geführt.⁸

Ergebnisse der Ost-West-Angleichung

Der wirtschaftliche Ost-West-Angleichungsprozess ist bisher sehr widersprüchlich, insgesamt aber unbefriedigend verlaufen. Es wurden wichtige Verbesserungen in der Modernisierung und Erneuerung der Produktionsanlagen und der Unternehmensstruktur, der Infrastruktur, beim Erhalt und der Erneuerung der Wohnungssubstanz, beim Umweltschutz sowie in der Qualität und Vielfalt des Angebots von Konsumgütern und Dienstleistungen erreicht. Tiefgreifende negative Folgen des wirtschaftlichen Einbruchs 1990/91, insbesondere hinsichtlich der Arbeitsplätze, der regionalen Verteilung industrieller Kapazitäten, der Größe der Unternehmen sowie ihrer liefer- und absatzseitigen Verflechtungen, sind jedoch bis heute noch nicht überwunden.

In den Jahren 1990 und 1991 ging die gesamtwirtschaftliche Leistung der neuen Bundesländer gegenüber dem Stand von 1989 um mehr als 30% und die Industrieproduktion um mehr als 60% zurück.⁹ Die Zahl der Erwerbstätigen verringerte sich um über zwei Millionen (von 8,9 Mio. 1989 auf 6,8 Mio. 1991) und bis 1993 nochmals um eine Million, auf 5,8 Mio.,¹⁰ das heißt, insgesamt um mehr als ein Drittel. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner lag in Ostdeutschland im Verhältnis zu Westdeutschland im Jahre 1989 bei 55%, 1991 bei 33%, 1995 bei 60% und wird 2009, *im 20. Jahr der deutschen Einheit*, noch immer bei nur *zwei Dritteln* des westdeutschen Niveaus liegen. Die Arbeitslosenquote war fast über den gesamten Zeitraum hinweg doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern. Sie ist in den letzten

⁷ Vgl. zu den Rückständen und Defiziten sowie zu den Leistungen der DDR-Wirtschaft die Literaturangaben in der Fußnote 12.

⁸ Vgl. Harry Nick/Klaus Steinitz: Bilanz der Übernahme der DDR-Wirtschaft durch die Bundesrepublik Deutschland und Ausblick, in: Hanna Behrend (Hrsg.): Die Abwicklung der DDR. Wende und deutsche Vereinigung von innen gesehen, Köln 1996, S. 120.

⁹ Gerhard Heske: Bruttoinlandsprodukt ..., a.a.O., S. 264.

¹⁰ Ebenda, S. 268.

Jahren gesunken. Dies ist aber weniger Ausdruck einer höheren Beschäftigung als Resultat des Rückgangs des Erwerbspersonenpotenzials. Die Steuereinnahmen der neuen Länder liegen etwa bei 40% des westdeutschen Niveaus. Die öffentlichen West-Ost-Finanztransfers (netto) liegen seit Mitte der 1990er Jahre bei jährlich rund 80 Mrd. €. Zuletzt waren sie geringer, was auf den Rückgang der Arbeitslosigkeit, die Reduzierung der Leistungen für Arbeitslose und den Anstieg der Steuer- und Beitragseinnahmen in Ostdeutschland infolge der Konjunktur zurückzuführen ist.

Der Anteil der neuen Bundesländer am gesamtdeutschen BIP liegt seit über zehn Jahren unverändert bei rund 11,5% und damit auch gegenwärtig nicht über dem vergleichbaren DDR-Anteil Ende der 1980er Jahre (vgl. Tabelle 3 im Anhang). Trotz relativ hoher Zuwachsraten in den letzten Jahren im Verarbeitenden Gewerbe, in der Forschung und Entwicklung, im Export und speziell im Osteuropaexport, liegen auch hier die entsprechenden Indikatoren noch unter oder nur wenig über dem Stand vor der Vereinigung.¹¹

¹¹ An dieser Stelle ist eine methodische Bemerkung zu den verwendeten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) notwendig:

Die hier angeführten VGR-Daten der Jahre 1991 bis 2007 sind die amtlichen Daten des Statistischen Bundesamtes und des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, wie sie nach der Revision im Jahre 2005 auch rückwirkend für die Jahre 1991 bis 2004 ermittelt wurden. Angaben für 1989 und 1990 liegen von den amtlichen Stellen der Bundesrepublik für die neuen Bundesländer nicht vor.

Um die wirtschaftliche Entwicklung der Jahre 1989 bis 1991 beschreiben zu können, wurde auf die Berechnungen von Gerhard Heske (Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970-2000, a.a.O.) zurückgegriffen, die 2004 nach den damals geltenden Konventionen der VGR (z.B. Bruttoinlandsprodukt in Euro 95) für eine vergleichbare Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen der DDR 1989 und den neuen Bundesländern 1991 erstellt worden sind. Durch Heske wurden erstmalig für Ostdeutschland mit der Bundesrepublik methodisch, preislich und strukturell vergleichbare Daten der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für den Zeitabschnitt 1989 bis 1991 ermittelt. Auf diese Berechnungen haben wir uns gestützt und sie bis 2007 fortgeführt, in dem die von Heske errechneten Wachstumsraten 1991 gegenüber 1989 mit den amtlichen Wachstumsraten von 1991 bis 2007 verkettet wurden. Dies ist eine übliche Methode bei der Berechnung langfristiger Reihen.

Da die amtliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung auf den Ausweis von Wertangaben zu konstanten Preisen seit 2004 verzichtet, sind alle ausgewiesenen *absoluten* Angaben des Bruttoinlandsprodukts und der Bruttowertschöpfung von 1989 mit den Angaben der Jahre 1991 und 2007 *nicht* vergleichbar.

Nach gründlicher Prüfung sind die Autoren zu dem Ergebnis gelangt, dass die von Heske erarbeiteten Ausgangsdaten für 1989 und für die Wirtschaftsentwicklung 1989 bis 1991 jedoch nach wie vor für eine realistische Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung genutzt werden können. Die Grundaussagen zum Vergleich gesamtwirtschaftlicher Größen der Wirtschaftsleistung insgesamt und je Einwohner sowie zur Produktivität, vom letzten vollständigen DDR-Jahr 1989 an bis heute, bleiben u.E. trotz der vorgenommenen methodischen und inhaltlichen Veränderungen der VGR gültig.

**Tabelle 1: Anteil der neuen Bundesländer in %
(Bundesrepublik Deutschland = 100)**

Indikator	1989	1991	1995	2007
Bevölkerung	19,2	19,0	18,1	16,0
Erwerbstätige	22,7	17,6	16,1	14,4
Arbeitslose	x	31,7	26,9	27,3
Bruttoinlandsprodukt	11,6	7,0	11,3	11,5
Bruttowertschöpfung Verarbeitendes Gewerbe	11,3	3,6	5,6	9,5
Export	7,5	2,6	2,9	5,7*

*2006; Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Heske, a.a.O.

Mitte der 1990er Jahre erlahmte der Ost-West-Konvergenzprozess, der sich nach dem wirtschaftlichen Einbruch 1990/1991 in den Jahren 1992 bis 1996 mit relativ hohen jährlichen Zuwachsraten des BIP von rund 8% vollzog. Bei wichtigen makroökonomischen Indikatoren verharret das Niveau seitdem ca. 30% unter dem Westdeutschlands.

Tabelle 2: Vergleich neue Bundesländer und alte Bundesländer 1989 bis 2007

Indikator	1989	1991	1995	2000	2006	2007
neue Bundesländer im Vergleich – alte Bundesländer = 100						
BIP je Einwohner	54,9	33,3	60,4	62,6	66,6	67,2
Investitionen in Ausrüstungen u. sonst. Anlagen je Einwohner	x	57,5	98,8	76,9	55,2*	k.A.
Kapitalstock je Einwohner	x	34,8	48,0	63,7	70,7*	k.A.
Kapitalstock je Erwerbstätigen	x	36,5	52,6	73,1	81,4*	k.A.
Arbeitsproduktivität (BIP je Erwerbstätigen)	44,2	34,9	66,2	71,9	76,2	76,4
Bruttolohn je abhängig Beschäftigten	x	51,0	74,4	76,8	77,3	77,3
Angaben in Prozent						
Arbeitslosenquote neue Bundesländer	x	10,2	14,8	18,5	19,2	16,8
Arbeitslosenquote alte Bundesländer	7,9	6,2	9,1	8,4	10,2	8,4
Erwerbstätigenquote neue Bundesländer**	88,0	72,4	61,3	62,5	64,8	67,5
Erwerbstätigenquote alte Bundesländer**	63,0	66,6	67,6	70,9	71,8	73,1

* 2005; ** Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter
Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Heske, a.a.O.

Über die Perspektiven des ökonomischen und sozialen Ost-West-Angleichungsprozesses und über die Gründe, warum die Versprechungen der Politiker und die Erwartungen der ostdeutschen Bevölkerungen nicht erfüllt wurden, gibt es seit 1990 eine äußerst kontroverse Debatte. Für die herrschende Politik ist eine vor allem politisch-ideologisch motivierte und auf Vorurteilen beruhende Bewertung des bisherigen Verlaufs des ökonomischen Vereinigungs- und Transformationsprozesses charakteristisch:

Nach wie vor wird das verzerrte Bild einer maroden DDR-Wirtschaft gezeichnet, die 1989/90 kurz vor dem Zusammenbruch stand und nicht in der Lage war, die Bevölkerung mit dem Notwendigsten zu versorgen.¹² Dazu zwei Beispiele: Unlängst warnte Bundespräsident Horst Köhler in einem Gespräch mit Schülern davor, die DDR zu »verklären« und die soziale Sicherheit in der DDR zu loben. Die »scheinbare Vollbeschäftigung« sei mit enormen Auslandsschulden, verdeckter Arbeitslosigkeit, Raubbau an der Natur und einer Absenkung des Lebensstandards erkaufte worden. Wie unseriös diese Charakterisierung ist, sei hier nur am Beispiel der Auslandsverschuldung der DDR demonstriert: Die Bruttoverbindlichkeiten der DDR gegenüber dem NSW (Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet) betragen 1989 insgesamt 48,8 Mrd. VM (Valutamark) resp. DM.¹³ Dies war zweifellos belastend für die Volkswirtschaft der DDR, bedeutete aber weder deren Überschuldung noch war es Indiz für einen unmittelbar bevorstehenden Staatsbankrott. Andere Länder, zum Beispiel Ungarn und Polen, waren, gemessen an der Bevölkerungszahl und ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft, weit höher verschuldet als die DDR, ohne dass dies zum Bankrott dieser Länder geführt hätte.¹⁴ Zudem müssen für eine Gesamtbeurteilung der außen-

¹² Dazu ist eine umfangreiche Literatur erschienen, die diese Behauptungen widerlegt und zugleich eine differenzierte und kritische Wertung der schwerwiegenden Defizite der DDR-Wirtschaft in den 1980er Jahren vornimmt. Vgl. hierzu u.a. Siegfried Wenzel: Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben? Versuch einer Abschlussbilanz, Berlin 2000; Ders.: Was kostet die Wiedervereinigung? Und wer muss sie bezahlen? Stand und Perspektiven, Berlin 2003, S. 97-179; Ulrich Busch/Karl Mai/Klaus Steinitz (Hrsg.): Ostdeutschland zwischen Währungsunion und Solidarpakt II., Berlin 2006, S. 13-63; André Steiner: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, Berlin 2007; Karl Mai: War die DDR wirtschaftlich unterlegen? Ergänzungen zu Hans Modrows Interpretationen, in: Sozialismus, Heft 9/2008.

¹³ Deutsche Bundesbank, Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, Frankfurt/Main 1999, S. 58f.

¹⁴ 1989 betragen die Nettoverbindlichkeiten in konvertierbaren Währungen Polens 37,5 Mrd. US-\$, Ungarns 19,4 Mrd. US-\$, der UdSSR 39,3 Mrd. US-\$, Bulgariens 8,0 Mrd. US-\$ und der Tschechoslowakei 5,7 Mrd. US-\$. Die DDR war hingegen mit 10,6 Mrd. US-\$ im NSW verschuldet (Financial Market Trends Nr. 48, Februar 1991, OECD, Paris, S. 21).

wirtschaftlichen Situation neben den Verbindlichkeiten auch die Liquiditätsreserven und Guthaben berücksichtigt werden. 1989 verfügte die DDR über Forderungen gegenüber dem NSW in Höhe von knapp 30 Mrd. VM. Diese deckten 59,3% der Bruttoverschuldung ab, sodass sich die Nettoverschuldung auf 19,9 Mrd. VM belief. Hinzu kommt, dass die DDR im sozialistischen Wirtschaftsgebiet eine Nettogläubigerposition innehatte. Per 31.12.1989 betrug der Aktivsaldo hier 6,1 Mrd. VM, 50% davon entfielen auf die UdSSR.¹⁵ Ferner ist festzustellen, dass die Aufnahme von Auslandskrediten in den 1970er und 1980er Jahren zwar dazu beigetragen hat, die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern zu verbessern. Die Kredite dienten aber vor allem der Modernisierung der Industrie. Sie waren zu keinem Zeitpunkt die entscheidende Bedingung für eine Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung in der DDR. Im Antrag des CDU-Parteivorstandes zu ihrem 22. Parteitag im Dezember 2008 in Stuttgart wird die verzerrte, einseitig und insgesamt wenig niveauvolle Darstellung der 40-jährigen Entwicklung der DDR und ihrer wirtschaftlichen Situation Ende der 1980er Jahre fortgeführt.¹⁶

In einem Beitrag des Präsidenten des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Ulrich Blum,¹⁷ gibt es Feststellungen zur Wirtschaftsleistung der DDR, die geradezu abenteuerlich sind. So sei »eine lang anhaltende Verschlechterung der Qualität der Produkte« zu verzeichnen gewesen, deren Berücksichtigung in einer marktwirtschaftlichen Bewertung der Pro-Kopf-Einkommen zu dem Resultat führe, dass diese seit den 1970er Jahren – 20 Jahre lang – gesunken sind. Als entscheidende Ursache hierfür führt er die Verstaatlichung der privaten bzw. gemischt staatlich-privaten Betriebe Anfang der 1970er Jahre an. Es scheint Blum nicht weiter zu kümmern, dass eine quantitative Wirkung in diesem Ausmaß schon rein

¹⁵ Deutsche Bundesbank, a.a.O., S. 37 und 60.

¹⁶ Vgl.: Geteilt. Vereint. Gemeinsam. Perspektiven für den Osten Deutschland. Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands an den 22. Parteitag am 1./2. Dezember 2008 in Stuttgart. Darin heißt es u.a.: »Trotz hohen persönlichen Einsatzes der Menschen bewirkte das sozialistische System den wirtschaftlichen Niedergang der DDR. Die Menschen wurden damit auch um die Früchte ihrer Aufbauleistungen nach dem Zweiten Weltkrieg gebracht... Die sozialistische Planwirtschaft als Wirtschaftsform verursachte trotz der Anstrengungen der Menschen in der DDR den wirtschaftlichen Bankrott... Es gelang dem SED-Regime jedoch, über Jahrzehnte die katastrophale wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung zu verschleiern. Die Menschen in Ost und West wurden kontinuierlich über den tatsächlichen Zustand der DDR belogen.« Das Papier enthält auch eine »Innovation«, die Berechnung einer Arbeitslosenquote für die DDR von 16% als Ausdruck für eine verdeckte Arbeitslosigkeit von angeblich 1,4 Mio..

¹⁷ Ulrich Blum: Honeckers langer Schatten oder die aktuelle Wirtschaftsschwäche Ostdeutschlands, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Nr. 4/2007, S. 109ff.

rechnerisch, bei einem Anteil der privaten und halbstaatlichen Betriebe am Produktionsausstoß der Industrie zu dieser Zeit von weniger als 10%, überhaupt nicht möglich war.¹⁸

In offiziellen Stellungnahmen werden die Ergebnisse der ostdeutschen Entwicklung nach der Wiedervereinigung häufig schöngefärbt. Beispiele hierfür sind:

Das Jahr 1991, der Tiefpunkt der gesamtwirtschaftlichen Leistung Ostdeutschlands, wird in der Regel als Basisjahr für die Berechnungen des Wirtschaftswachstums, des BIP je Einwohner, die Arbeitsproduktivität und anderer Indikatoren herangezogen. Dadurch erscheint auch ein Niveau, das unterhalb des DDR-Standes von 1989 liegt, noch als Verbesserung. Indizes, die auf dieser Grundlage berechnet sind, werden – bedingt durch den Basiseffekt – systematisch überhöht ausgewiesen und vermitteln so ein verzerrtes, zu positives Bild der tatsächlichen Dynamik.

Die Ergebnisse der Jahre 2006 und 2007, für welche die Statistik zunächst höhere Zuwachsraten des ostdeutschen BIP ausgewiesen hatte, diese dann aber nach unten korrigierte¹⁹, dienten der offiziellen Berichterstattung als Anlass für euphorische Bewertungen, die kaum noch in Bezug zur Realität standen. So heißt es zum Beispiel im *Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2007*: »Die neuen Bundesländer befinden sich auf einem guten wirtschaftlichen Entwicklungspfad... Der Aufholprozess gewinnt im 2. Jahrzehnt der deutschen Einheit wieder an Fahrt... Ostdeutschland hat sich zum Land der Chancen entwickelt.«²⁰ Tatsächlich aber laufen die neuen Länder und Berlin der wirtschaftlichen Entwicklung in den alten Bundesländern weiter hinterher. Schließlich ist es auch typisch, dass in der Berichterstattung erfolgreiche Entwicklungen auf einzelnen Gebieten wie die Herausbildung technologischer Cluster und die Gründung innovativer Unternehmen isoliert betrachtet und als einzelwirtschaftliche Prozesse herausgestellt werden, ohne ihre regional- und gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen zu bewerten. Die offensichtlich falsche Behauptung aus dem Bericht 2007 über das Aufholen der neuen Bundesländer wurde zwar im neuen Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit 2008 fallen

¹⁸ Vgl. hierzu Ulrich Busch/Karl Mai: Konvergenzbremse Produktivität. Ursachen und Folgen zurückbleibender Arbeitsproduktivität in Ostdeutschland, in: Berliner Debatte Initial, Heft 4-5/2007, S. 129ff.

¹⁹ Vgl. Udo Ludwig: Kein aufholendes Wachstum der ostdeutschen Wirtschaft? Regionale Gewinner und Verlierer der amtlichen Datenkorrektur für 2006, in: IWH Pressemitteilungen 6/2008 vom 14.2.2008.

²⁰ Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit, Berlin 2007, S. 1.

gelassen. Die insgesamt schöngefärbte Darstellung der Ergebnisse des *Aufbau Ost* wurde aber beibehalten. Die grundlegenden Probleme der ostdeutschen Entwicklung werden umgangen oder nur oberflächlich gestreift, wie die Gründe für die Stagnation der wirtschaftlichen und sozialen Annäherung seit nunmehr gut zehn Jahren, Wege zur Eindämmung der fortgesetzten Abwanderung junger Fachkräfte, Bedingungen und konkrete Schritte zum Erreichen gleichwertiger Lebensverhältnisse. Die Feststellung Wolfgang Tiefensees, dass mit dem *Aufbau Ost* 2009 zwei Drittel des Weges geschafft seien, dass aber die dritte Dekade noch große Herausforderungen stellt, bleibt angesichts der seit fünf Jahren geringeren Wachstumsraten Ostdeutschlands und des degressiven Verlaufs der Mittel des Solidarpakts II ab 2009 eine Floskel. Recht eigenartig sind, vorsichtig ausgedrückt, einige Stellen im Bericht, z.B.: »Dabei kann heute festgestellt werden, dass die Angleichung der Lebensverhältnisse auf vielen Gebieten bereits weit voran gekommen ist. Besonders im Bereich der Versorgung mit öffentlichen Gütern wie Bildung und Gesundheit sind keine oder kaum noch Unterschiede zwischen Ost und West sichtbar. In einigen Bereichen ist Ostdeutschland sogar Vorreiter, wie beispielsweise bei der Betreuung der Kinder unter drei Jahren. Auf diese Erfolge können alle Bürgerinnen und Bürger ohne Einschränkung stolz sein. Auf dem Gebiet der Wirtschaft sind allerdings noch spürbare Unterschiede zwischen Ost und West festzustellen.«²¹ Ein unvoreingenommener Leser, der die Geschichte der beiden deutschen Staaten kennt, fragt sich, ob diese gute Versorgung mit öffentlichen Gütern nicht mehr mit der vorangegangenen Entwicklung der DDR zu tun hat, als mit der Zeit nach 1990.

Eine kritische Aufarbeitung der Fehler und Schwächen der Vereinigungs- und Transformationspolitik wird in den offiziellen Darstellungen so weit wie möglich vermieden. Dabei reichen die Fehler der Politik von der überstürzten und nicht von schützenden Übergangsregelungen begleiteten Währungsunion über die auf die schnellstmögliche Privatisierung gerichtete Tätigkeit der *Treuhandanstalt* bis zum Verlassen auf die Kräfte des Marktes und den Verzicht auf Maßnahmen einer akkommodierend gestaltenden Strukturpolitik. Wenn Kritik geübt wird, so stehen häufig Beispiele eines nicht sachgemäßen Einsatzes und der Verschwendung der über Finanztransfers bereitgestellten Mittel im Vordergrund. Ein beliebtes Feld derartiger Kritik sind die

²¹ Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit, Berlin 2008, S. 1.

zahlreichen Spaßbäder in den neuen Ländern.²² Dabei wird jedoch meistens ignoriert, dass hinter den kritisierten Entscheidungen oftmals westdeutsche Berater und nicht selten Interessen westdeutscher Unternehmen standen.

Warum ist die Vereinigung ökonomisch gescheitert?

Die kritische Öffentlichkeit, die weit über Wirtschaftsfachleute und Politiker hinausgeht, ist bemüht, ein differenziertes und realistisches Bild der ostdeutschen Entwicklung seit der Währungsunion und der Vereinigung aufzuzeigen, vor allem aber auch die Gründe zu analysieren, warum die Vereinigung trotz zweifellos vieler positiver Ergebnisse und für die ostdeutsche Bevölkerung spürbarer Verbesserungen wirtschaftlich als misslungen einzuschätzen ist.

Für die Erklärung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Ostdeutschland nach 1990 sind vor allem folgende Ursachenkomplexe zu berücksichtigen, deren Wirkungen untereinander verflochten sind und sich gegenseitig verstärken und ergänzen:

1. Das Niveau der DDR-Wirtschaft zum Zeitpunkt der Vereinigung: Die Wirtschaft der DDR wies Ende der 1980er Jahre im Vergleich zur Bundesrepublik eine wesentlich geringere Effizienz, Produktivität und internationale Wettbewerbsfähigkeit auf. Es gab beträchtliche Defizite in der Produktion und Bereitstellung von Konsumgütern und Dienstleistungen, von Investitionsgütern und Materialien in der erforderlichen Qualität und in bedarfsgerechter Struktur. Das galt für die Wirtschaft insgesamt, aber auch für die meisten Unternehmen. Ein Vergleich mit anderen ost- und mitteleuropäischen Ländern offenbart folgenden Widerspruch: Die DDR wies – bei allen Problemen und Rückständen – nach allgemein akzeptierten Einschätzungen im Verhältnis zu den anderen RGW-Ländern die höchste Produktivität und ein relativ fortgeschrittenes technologisches und Qualitätsniveau der Erzeugnisse auf.²³ Trotz dieser relativ günstigen Bedingungen waren 1990/91 der Produktionseinbruch insgesamt und speziell in der Industrie sowie der Exportrückgang in Ostdeutschland weit größer als in den meisten anderen Transformationsländern. Auch das Wirtschaftswachstum war und ist in Ostdeutschland trotz Investitionsförderung und umfangreicher

²² Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft: Planchen in Steuergeld, in: iwd Nr. 23, 7. Juni 2007, S. 8. Danach gibt es in Ostdeutschland 92 Spaßbäder, die meisten in Brandenburg und Sachsen.

²³ Deshalb charakterisierte der US-Wissenschaftler Charles S. Maier die DDR rückblickend nicht zu Unrecht als die »blühendste Gesellschaft in Ostblock« (Charles S. Maier: Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus, Frankfurt a.M. 2000, S. 153).

Finanztransfers noch immer geringer als in den meisten anderen ehemaligen RGW-Ländern.

2. *Währungsunion zum 1. Juli 1990*: Die überstürzte Einführung der D-Mark in der DDR setzte die ostdeutsche Wirtschaft einem faktischen Aufwertungsschock und einem sie benachteiligenden und von den Voraussetzungen her ungleichen Wettbewerb auf dem Binnenmarkt und auf den Außenmärkten aus. Das eigentliche Ziel der Währungsunion bestand darin, über die Ausdehnung des Währungsgebietes der D-Mark westdeutschen Unternehmen den Markt der DDR zu öffnen und dadurch die Wiedervereinigung Deutschlands unwiderruflich einzuleiten. Zugleich war die Währungsunion Kernstück der »monetären Transformation« und als solche »Teil der Schocktherapie«, welcher die Wirtschaft im Beitrittsgebiet in den Folgejahren mittels des Aufwertungseffekts der Währungsumstellung unterzogen wurde. Die ökonomischen Wirkungen der Währungsunion waren zwiespältig: Für die Bevölkerung sind sie differenziert zu beurteilen, im Ganzen gesehen aber eher positiv zu werten, für die ostdeutsche Wirtschaft waren sie dagegen verheerend.²⁴ Die negativen Auswirkungen des wirtschaftlichen Rückstandes der DDR auf die wirtschaftliche Dynamik, Leistungsfähigkeit, Innovationskraft, Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in den neuen Bundesländern wurden durch die DM-Einführung und das Fehlen von Übergangslösungen und -fristen geradezu potenziert. Für die meisten ostdeutschen Betriebe bedeuteten die Währungsunion und deren Folgen eine massive Behinderung des Starts der Unternehmen in die Marktwirtschaft.

3. *Die Treuhandpolitik*. Die Treuhandanstalt (THA) wurde zum wichtigsten Vollzugsorgan der Bundesregierung für die marktwirtschaftliche Transformation der ostdeutschen volkseigenen Wirtschaft bei weitgehender Durchsetzung der Interessen des westdeutschen Großkapitals. Bestimmend für die Tätigkeit der THA waren das Prinzip »Sanieren durch Privatisieren«, das meist rigoros durchgesetzt wurde,²⁵ ein hoher Zeitdruck, der vorrangige Verkauf der Unternehmen und Betriebe an westdeutsche Investoren unter weitgehendem Ausschluss ausländischer Interessenten und der Verzicht auf die Gewährung günstiger Verkaufs- und Kreditbedingungen an ostdeutsche Interessenten, insbesondere im Rahmen von »Management-Buy-Out«. Unter Berücksichtigung der geringeren Wettbewerbsfähigkeit

²⁴ Vgl. Ulrich Busch: 15 Jahre Währungsunion, in: Hannes Bahrman/Christoph Links (Hrsg.), *Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit – Eine Zwischenbilanz*, Berlin 2005, S. 85f.

²⁵ Vgl. Jörg Roesler: Die Treuhandpolitik, in: Hannes Bahrman/Christoph Links (Hrsg.), *Am Ziel vorbei...*, a.a.O., S. 93-106.

der ostdeutschen Unternehmen und der Wirkungen der Währungsunion hatte diese Politik nachhaltig ungünstige Auswirkungen auf die ostdeutsche Wirtschaft.

4. Die von den Dogmen der marktwirtschaftlichen Regulierung und des Wettbewerbs bestimmte *Wirtschaftspolitik* befand sich in einem krassen Missverhältnis zu den zu lösenden Problemen in Ostdeutschland. Zum einen wurde ignoriert, dass die komplexen Transformationsaufgaben nicht allein mit Marktkräften, sondern nur flankiert durch eine wirksame Wirtschafts- und Strukturpolitik zu lösen sind. Das Prinzip *Rückgabe vor Entschädigung*,²⁶ die Altschuldenregelung und die Umwandlung der größtenteils fiktiven Kredite der ehemals staatlichen Betriebe in reale Schulden mit marktüblichen Zinsen verschärfte die Belastungen der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, der landwirtschaftlichen Genossenschaften, der Wohnungsgesellschaften und der Kommunen. Andererseits wurde missachtet, dass sich die Bedingungen inzwischen grundlegend verändert hatten. Die Integration der ostdeutschen Wirtschaft in das gesamtdeutsche und westeuropäische Wirtschaftsgefüge konnte sich nicht mehr auf ein dynamisches Wachstum wie in den Nachkriegsjahrzehnten stützen. Hinzu kommt, dass die Wirtschaft mit neuen ökologischen und sozialen Erfordernissen konfrontiert ist. All dies verlangte, die Umstrukturierung der ostdeutschen Wirtschaft nicht als »Nachbau West« durchzuführen, sondern diese mit dem Übergang auf einen neuen Pfad ökologisch und sozial nachhaltiger Entwicklung zu verbinden. Diese Erfordernisse und Chancen wurden jedoch mit der praktizierten unkritischen Übernahme des westdeutschen Modells nicht genutzt.²⁷

²⁶ Vgl. dazu Thomas G. Betz: Die Eigentumsfrage, in: Hannes Bahrman/Christoph Links (Hrsg.), Am Ziel vorbei..., a.a.O., S. 107-123 und Ulrich Busch: Eigentums- transformation via Vermögenstransfer. Die deutsche Lösung der Eigentumsfrage, in: Hans-Joachim Stadermann/Otto Steiger (Hrsg.), Verpflichtungsökonomik, Marburg 2001, S. 221-254.

²⁷ Vgl. hierzu Rainer Land/Andreas Willisch: Ostdeutschland – ein Umbruchszenario. Warum der Aufbau Ost als Nachbau West nicht gelingen konnte, in: Hannes Bahrman/Christoph Links (Hrsg.), Am Ziel vorbei..., a.a.O., S. 11-33.

11. Szenarien für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland bis 2020

18 Jahre nach der deutschen Vereinigung befinden wir uns in einer Situation eingeschränkter Handlungsoptionen: Die marktwirtschaftliche Transformation Ostdeutschlands ist seit mehr als einem Jahrzehnt als abgeschlossen zu betrachten. Ebenso die Integration der ostdeutschen Wirtschaft in das bundesdeutsche und europäische Wirtschaftsgefüge. Damit sind grundlegende Weichenstellungen erfolgt und wurden essentielle Entscheidungen auch über die zukünftige Entwicklung getroffen.

Inzwischen ist viel Zeit vergangen und die Entwicklung ist weiter vorangeschritten. Mit dem Solidarpakt II wurden zu Beginn des Jahrzehnts finanz- und wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen beschlossen, welche für die neuen Bundesländer bis 2019 maßgebend sind. Für den *Aufbau Ost* hat die Bundesregierung im Jahr 2003 ein »integriertes Konzept« aufgelegt, worin neben der Gestaltung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen vor allem die Maßnahmen auf den Gebieten Investitionsförderung, Innovationsförderung, Infrastrukturausbau und Arbeitsmarktpolitik detailliert festgeschrieben wurden.²³⁸ Die einzelnen Aktivitäten werden Jahr für Jahr den sich verändernden Bedingungen angepasst. Die der Gesamtheit dieser Maßnahmen zugrunde liegende Förderphilosophie bzw. das Entwicklungskonzept für Ostdeutschland wurde mit dem Gesamtkonzept jedoch bis 2019 fixiert.

Neben diesen wirtschaftlich und politisch vorgenommenen strategischen Weichenstellungen gibt es demografische Prozesse, die irreversibel und deshalb vorhersagbar sind. Ferner weltwirtschaftliche, zivilgesellschaftliche, klimatische, kulturelle, geistige, religiöse und andere, größtenteils globale Trends, denen sich auch Ostdeutschland nicht entziehen kann.

Das Spektrum der zum Zwecke des Entwurfs verschiedener gesamtwirtschaftlicher Entwicklungsszenarien zu treffenden Annahmen ist also ziemlich begrenzt, will man auf dem Boden der Tatsachen und der tatsächlich möglichen Entwicklungsprozesse bleiben und sich nicht in spekulativen Phantasien ergehen. Hier sollen *drei* Szenarien einer möglichen Entwick-

²³⁸ Vgl. Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2003, Berlin 2003, S. 15ff.

lungsperspektive für Ostdeutschland vorgestellt werden. Der zeitliche Rahmen dieser Entwürfe soll sich bis 2020 erstrecken, bei einigen Parametern im Sinne eines Ausblicks bis 2050. Entscheidend ist jedoch nicht, welcher zeitliche Rahmen gesetzt wird, sondern welcherart die Tendenzen sind, die sich dann, in der Regel zudem selbst verstärkend, durchsetzen werden.

a) Das Mezzogiorno-Szenario einer dauerhaften Abkopplung Ostdeutschlands

Ausgehend von einer harschen Kritik der bisherigen Vereinigungspolitik und einer Desillusionierung hinsichtlich der Erreichbarkeit einst gesetzter Ziele (»Zweites deutsches Wirtschaftswunder«, »blühende Landschaften« usw.) wird der deutsche Osten seit längerem von verschiedener Seite, von Ökonomen und Sozialwissenschaftlern unterschiedlicher Denkrichtung, als künftiger deutscher Mezzogiorno angesehen.

Diente dieser Vergleich anfangs eher als »Warnung« der Politik vor einem wirtschaftlichen und sozialen Desaster in den neuen Ländern infolge der 1990/91 praktizierten Schocktherapie,²³⁹ so figurierte er während der kurzen Aufholphase Mitte der 1990er Jahre als Synonym für eine vermeintlich, inzwischen durch den wirtschaftlichen Aufschwung aber widerlegte, »Schwarzmalerei«. Dies änderte sich wiederum zu Anfang dieses Jahrzehnts: Nach dem Abbruch des Aufholprozesses und dem »Kippen« Ostdeutschlands zu einer Problemzone Deutschlands und Europas steht der Mezzogiorno-Begriff nicht mehr für ein Menetekel, sondern dient zunehmend der Beschreibung der Wirklichkeit. Er wurde damit zu einem Abbild ostdeutscher Realität in Gegenwart und Zukunft.²⁴⁰ Am deutlichsten wird dies bei Hans-Werner Sinn, welcher schreibt: »Statt eines Wirtschaftswunders ist ein zweiter Mezzogiorno in Europa entstanden, eine lahrende Wirtschaftsregion, die es nicht schafft, an die besser entwickelten Regionen des Landes Anschluss zu finden.«²⁴¹ Und weiter stellt er fest, »dass Ost- und Westdeutschland heute nicht mehr zusammenwachsen«, sondern seit dem Ende des Aufholprozesses, seit 1997, »allmählich immer weiter auseinander driften«.²⁴²

²³⁹ Vgl. zum Beispiel Manfred Wegner: Mezzogiorno im Osten, in: Wirtschaftswoche 15, 5.4.1991, S. 23 sowie Wolfram Engels: Mezzogiorno-Politik, in: Wirtschaftswoche 45, 1.11.1991, S. 106.

²⁴⁰ Vgl. Ulrich Busch: Mezzogiorno Ost! Na und?, in: Berliner Debatte Initial, Heft 5/6, 2002, S. 144-157.

²⁴¹ Hans-Werner Sinn: Ist Deutschland noch zu retten?, München 2003, S. 216.

²⁴² Ebenda, S. 220.

Ähnlich argumentieren die Verfasser der *Deutsche Bank Research* in einer Studie, welche mit dem Ziel verfasst wurde, »die bisherigen ökonomischen Entwicklungen zu bewerten und die zukünftigen Entwicklungspotenziale aufzuzeigen, die Differenzierung in der wirtschaftlichen Entwicklung in den östlichen Bundesländern herauszuarbeiten und den Blick für realistische Szenarien zu schärfen«. ²⁴³ Die wichtigste Botschaft dieser Studie ist, dass die neuen Länder »aufgrund einer Reihe kaum änderbarer Faktoren zukünftig nicht die wirtschaftliche Dynamik entfalten können, die ihnen einen Anschluss an die westlichen Länder sichern würde«. ²⁴⁴ Die dafür ausschlaggebenden Faktoren werden vor allem in der demografischen Entwicklung gesehen, ferner aber auch in den Ausgangsbedingungen von 1990, den Weichenstellungen während des Vereinigungsprozesses, der Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt, der Lohnentwicklung und den Folgen der deutschen Sozialunion. Es wird prognostiziert, dass die Einwohnerzahl der neuen Länder weiter abnehmen wird, bis 2050 um 27,2%. Noch stärker wird das Erwerbspersonenpotenzial schrumpfen, um 43,1%. Das entspricht einer jährlichen Rate von -0,9%, bis 2020 sogar von -1,4%. Die Folge wird sein, dass das Wirtschaftswachstum fast zum Erliegen kommt, die ostdeutsche Wirtschaft in den kommenden Dekaden also »mehr oder weniger stagnieren wird«. Langfristig könnte sie, so die Autoren, sogar schrumpfen. Für das BIP pro Kopf würde dies bedeuten, dass dieses im Verhältnis zu Westdeutschland im Niveau von derzeit 67% bis 2020 auf 60% zurückfällt und danach, bis 2050 unter diesem Wert verbleibt. Damit würde Ostdeutschland auch in anderen Parametern, beim Einkommen, bei der Kapitalausstattung, beim Konsum, »im Vergleich zum Westen zurückfallen«. ²⁴⁵ Die Angleichung der Lebensverhältnisse, die bisher nicht erreicht wurde, könnte unter diesen Bedingungen nur »schwerlich nachgeholt werden«. ²⁴⁶ Im Grunde wird sie damit auch langfristig unerreichbar. Die neuen Bundesländer blieben hinsichtlich ihrer Wirtschaftskraft und ihres Lebensniveaus nicht nur hinter den alten Ländern weiterhin spürbar zurück, die Diskrepanz würde sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten sogar noch vergrößern.

²⁴³ Deutsche Bank Research, *Perspektiven Ostdeutschlands – 15 Jahre danach*, Frankfurt am Main 2004, S. 8.

²⁴⁴ Ebenda, S. 9.

²⁴⁵ Ebenda, S. 41ff.

²⁴⁶ Ebenda, S. 36.

b) Das Szenario der Regierungspolitik: transfergestützter Nachbau West

Das zweite Szenario beruht auf der Strategie der Bundesregierung für den *Aufbau Ost*.²⁴⁷ Mit dieser Strategie wird das Ziel verfolgt, die »teilungsbedingte Strukturschwäche Ostdeutschlands bis 2019 zu beseitigen und gleichwertige Lebensverhältnisse zu erreichen«.²⁴⁸

Die wesentlichen Elemente dieser Strategie sind in einem anhaltenden Kapitaltransfer von West nach Ost zu sehen, im Ausbau der Infrastruktur, in der Investitionsförderung und in der Übertragung bewährter regionalökonomischer Instrumente der Wirtschaftsförderung und der Arbeitsmarktpolitik auf die neuen Länder. Im Ergebnis dieser Maßnahmen soll ein Vorankommen der ostdeutschen Wirtschaft und deren Integration in das gesamtdeutsche Wirtschaftsgefüge sowie eine schrittweise Annäherung des Lebensniveaus in den neuen Ländern an das Niveau im früheren Bundesgebiet erreicht werden.

Von seiner Anlage her bedeutet dieses Konzept die Organisation des *Aufbau Ost* als Nachbau West. Die bisherige Bilanz fällt dementsprechend aus: Die Wirtschaft in den neuen Ländern wächst und wird wettbewerbsfähiger; sie entwickelt sich aber *in Abhängigkeit* von der westdeutschen Wirtschaft (Dependenzökonomie), wird durch den Bund und die westdeutschen Länder *subventioniert* (Transferökonomie) und befindet sich *im Nachtrab* gegenüber den westdeutschen Wirtschaftszentren. Von ihrer Größe, Dynamik und Struktur her kann die ostdeutsche Wirtschaft auf diese Weise niemals wirklich aufholen, sondern immer nur nachholen. Sie läuft der westdeutschen »Vorauswirtschaft« (Ernst Helmstädter) hinterher, bleibt eine »Nachzüglerökonomie«. So erreicht sie heute das Produktivitäts- und Innovationsniveau der westdeutschen Wirtschaft von 1993. Im Jahr 2020 wird sie voraussichtlich das Niveau der westdeutschen Wirtschaft von heute erreichen. Das heißt, die Ost-West-Diskrepanz im gesamtwirtschaftlichen Leistungsniveau, bei der Produktivität, in der Forschung, im Innovationsgrad usw., ebenso aber auch bei den Einkommen, bei der Kaufkraft und beim Lebensniveau, verringert sich nicht, sondern wird im Wesentlichen fortgeschrieben. Aber selbst dafür sind weiterhin immense Finanztransfers erforderlich. Würden diese eingestellt, so ließe sich dieses Konzept nicht weiterverfolgen.

Erfolge dieser Politik gibt es insbesondere in den »Leuchtturmregionen« und in den Zentren ostdeutscher Wirtschaftsdynamik (Dresden, Jena, Potsdam usw.). Diese kontrastieren jedoch mit Erscheinungen von Stagnation,

²⁴⁷ Vgl. die Ausführungen dazu in den Jahresberichten zum Stand der Deutschen Einheit, insbesondere im Bericht für das Jahr 2003, S. 15ff.

²⁴⁸ Jahresbericht zum Stand ... 2007, S. 1.

Verödung und Verfall in den peripheren Regionen, sodass im volkswirtschaftlichen Maßstab *keine* selbsttragende Entwicklung zustande kommt. Der mit dieser Strategie nun schon fast zwei Jahrzehnte beschrittene Weg »ist offensichtlich nicht geeignet, durch seine beständige Wiederholung aus dem noch immer zu konstatierenden wirtschaftlichen Tal hinauszuführen«:²⁴⁹ Bestenfalls bewirkt er eine *Parallelentwicklung* zwischen alten und neuen Bundesländern und damit ein weiterhin Am-Tropf-Hängen und Hinterherlaufen der ostdeutschen Wirtschaft.

Die Situation lässt sich als »Transfer-Falle«, in welcher die Wirtschaft der neuen Bundesländer nun schon seit mehr als einem Jahrzehnt gefangen ist, beschreiben.²⁵⁰ Der Aufholprozess kann durch die Transferleistungen nicht forciert werden, schon gar nicht über degressive Finanztransfers, wie sie für die Jahre 2009 bis 2019 vorgesehen sind. Ohne Transfers geht es aber auch nicht. Werden die Subventionen und Wirtschaftshilfen reduziert, so droht der Absturz. Ohne die ständige Zufuhr externer Inputs ist die ostdeutsche Teilökonomie in ihrer gegenwärtigen Verfassung nicht lebensfähig. Sie bewegt sich nicht nur im Fahrwasser der westdeutschen Voraushirtschaft, sie wird auch von den großen »Schiffen« gezogen, ohne selbst gesamtwirtschaftlich an Fahrt zu gewinnen. Es ist daher eine Illusion anzunehmen, dass sich diese Problematik durch die Entwicklungsstrategie der Bundesregierung bis 2019 lösen wird und die ostdeutsche Wirtschaft ein Niveau erreicht, welches weitere Transferzahlungen erübrigt. Entweder die Finanztransfers werden auch nach 2020 fortgeführt oder es wird eine spürbar größere Kluft zwischen Ost und West in den Lebensbedingungen in Kauf genommen werden müssen.

c) Das alternative Szenario einer innovationsgestützten Entwicklung

Jedes realistische Alternativszenario muss die Resultate der bisherigen Praxis kritisch verarbeiten, die dieser zugrunde liegenden Konzepte dialektisch aufheben und sie in ein neues Entwicklungsmodell überführen. Das neue Modell kann dann auf dieser Grundlage die für die Zukunft entscheidenden Akzente setzen und auf diese Weise das Muster der bisherigen Entwicklung, welches zur »Entwicklungsfalle« geworden ist, verlassen.

Für Ostdeutschland bedeutet dies, dass auf der Grundlage des Erreichten eine Zukunftsstrategie gefunden werden muss, die mit der Logik der bisherigen Entwicklung, dem Nachbau West und der Input-Logik der Transferö-

²⁴⁹ Norbert Peche: *Selbst ist das Volk*, Berlin 2007, S. 95.

²⁵⁰ Vgl. Ulrich Busch/Rainer Land (Hrsg.): *Zur Lage in Ostdeutschland*, a.a.O., S. 2-96.

konomie, bricht und stattdessen einen *neuen* Entwicklungsansatz verfolgt. Auf diese Weise könnten dem *Aufbau Ost* neue Impulse verliehen werden und Ostdeutschland zu einer »Modellregion« für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und für eine hohe Lebensqualität werden.

Im Zentrum derartiger konzeptioneller Überlegungen steht der Übergang zu einer anderen *Entwicklungslogik*. Während das bisherige Konzept die verstärkte Inputvermehrung (externer Kapitaltransfer, Förderung von Investitionen usw.) zur Grundlage hat, würde eine »Innovationslogik« stärker auf die *Neukombination von Produktionsfaktoren*, endogener wie exogener, setzen, auf die Durchsetzung innovativer Lösungen, auf neue Formen der Produktion, aber auch des Konsums und der Lebensweise, sowie auf neuartige Produkte und Leistungsangebote. Es käme nicht einfach darauf an, mit *mehr* Produktionsmitteln und Arbeitskräften *mehr* zu produzieren, sondern *anders* und *Anderes*. Es würden dafür nicht unbedingt mehr Unternehmen gebraucht werden, aber andere, innovativere, forschungsintensivere, wissensintensivere, kreativere Unternehmen. Und diese würden in ihrer Tätigkeit den Grundsätzen einer nachhaltigen Ökonomie einschließlich ihrer ökologischen Orientierung entsprechen sowie modernsten sozialen Standards genügen.

Mit diesem Szenario würde eine strategische Umorientierung der Wirtschaft in Richtung der Herausbildung einer *sozio-ökologischen Wirtschaftsweise* eingeleitet werden. Dafür wären in der Anfangsphase zusätzliche Investitionsmittel erforderlich, auch zusätzliche Transferleistungen, langfristig jedoch würde sich die Entwicklung selbst tragen und könnten gerade die West-Ost-Transfers vollständig zurückgeführt werden.

In diesem Modell könnten auch die endogenen Potenziale Ostdeutschlands, die in den bisherigen Konzepten größtenteils vernachlässigt worden sind, den ihnen gebührenden Platz einnehmen.²⁵¹ Dadurch würde sich dieses Modell von allen Modellen einer holistischen Transformationsstrategie und einem als Nachbau West gestalteten *Aufbau Ost* unterscheiden.²⁵² Gleichwohl könnte unter diesen Bedingungen die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung gesteigert werden, könnte die Wertschöpfung kräftig zunehmen und würden die neuen Länder durch ein das bisherige Niveau überflügelndes Wirtschaftswachstum Schritte gehen, die geeignet wären, die Rückstände in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu reduzieren.

²⁵¹ Diese neue Entwicklungslogik verlangt auch beträchtliche volkswirtschaftliche Inputs, vor allem an Mitteln für F&E und an Investitionen sowie Finanztransfers.

²⁵² Vgl. zu diesem Ansatz: Jochen Röpke: Ostdeutschland in der Entwicklungsfalle...., S. 19ff. und Jörg Assmann: Das Gespenst des Mezzogiorno, in: *perspektive 21*, Heft 21/22, Potsdam 2004, S. 41ff.

Entscheidend hierfür ist jedoch, dass alle Anstrengungen der wirtschaftlichen Aktivität, der Wirtschaftsförderung, Subventionierung usw. auf die neuen, zukunftssträchtigen Felder ausgerichtet werden, auf diejenigen Branchen und Wirtschaftszweige also, die in den nächsten Jahrzehnten für die Wirtschaftsentwicklung bestimmend sein werden. Genau genommen liegt hierin die einzige Möglichkeit, um die Kluft zwischen Ost- und Westdeutschland irgendwann einmal zu überwinden, also wirklich aufzuholen.

Andererseits wären auch für ein derartiges Szenario die Voraussetzungen zu beachten und sind auch hier die Rahmenbedingungen nicht beliebig gestaltbar. So ist zum Beispiel der demografische Trend auf mittlere Frist unabwendbar. Langfristig jedoch könnte hierauf vielleicht Einfluss genommen werden. So könnte der Zuzug junger, kreativer Menschen aus den alten Bundesländern und mehr noch aus dem Ausland im Zeitverlauf zunehmen. Die Anreize, in den Osten zu gehen, ließen sich schon heute durch eine großzügige Ausgestaltung der Lebensbedingungen für junge Familien mit Kindern beträchtlich vergrößern. Das gleiche, was für das »Humankapital« gilt, ist für das »Sozialkapital« vorstellbar. Durch eine Förderung von Netzwerkstrukturen und sozialer Beziehungen könnten in Ostdeutschland besondere Potenziale entstehen, die für Investoren in neuen Wirtschaftszweigen (Kreativwirtschaft, Gesundheitsökonomie, Umweltökonomie usw.) außerordentlich attraktiv sind. Kurz: Es kommt darauf an, die zukünftigen Trends der wirtschaftlichen Entwicklung zu identifizieren und darauf bezogenen Potenziale im Osten zu suchen, auszumachen und gezielt zu entwickeln. So wäre es möglich, auf einigen Feldern in Deutschland und in Europa »Vorauspositionen« aufzubauen, Produktivitätsvorsprünge zu erreichen und schließlich ein selbsttragendes Wachstum zu generieren, wie es mit den bisherigen Konzepten im Einzelnen nur bedingt, volkswirtschaftlich gesehen aber überhaupt nicht erreichbar ist. Alle anderen Probleme wie die Abwanderung von Arbeitskräften, der Rückgang der Kaufkraft, die Schere bei den Einkommen und Vermögen zwischen Ost und West usw. würden sich, wenn die wirtschaftliche Dynamik im Osten erst einmal *größer* ist als im Westen, nach und nach von selbst lösen. Ebenso würden sich auf der Basis einer zukunftsorientierten Wirtschaft notwendige Bedingungen für eine neue Lebensweise herausbilden; es würde eine neue Kultur entstehen und grundsätzlich ein verändertes Verhältnis zur Natur möglich werden. Ohne eine Änderung der wirtschaftlichen Voraussetzungen jedoch bliebe dies alles illusionär und ließe sich selbst mit den größten politischen Anstrengungen nicht erreichen.

Ein realitätsbezogenes Entwicklungskonzept für Ostdeutschland müsste im Unterschied zu den hier skizzierten, in ihrer jeweiligen Schwerpunktset-

zung und Aussage notwendigerweise *einseitigen* Szenarien die ganze Komplexität der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung berücksichtigen und deren Interdependenz und Abhängigkeit vom Engagement der Akteure zum Ausdruck bringen. Ein solches Konzept zu entwerfen, zur Diskussion zu stellen und schließlich in konkreten Schritten umzusetzen, ist vornehmlich Aufgabe der Politik.

Die Bereitschaft der politischen Klasse der Bundesrepublik, eine solche Aufgabe zu übernehmen, ist gegenwärtig allerdings eher gering einzuschätzen. Hier sind deshalb vor allem alternative Kräfte gefordert, die sich für eine Änderung der Politik in Richtung einer Weichenstellung zur Schaffung der notwendigen Bedingungen für gleichwertige Lebensverhältnisse und für eine zukunftsfähige, sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung einsetzen.